



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

454 (3.10.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205742](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205742)



# Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 300.—, Durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 900.—, Einzelnummer Mk. 3.00. Postfachkonto Nr. 17940 Karlsruhe in Baden und Nr. 2017 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle L. & S. Geschäfts-Nebenstelle Badenweiler, Waldhofstraße Nummer 6. Fernsprecher Nummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint zweifach wöchentlich.

## Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung bis 11. Jelle 1922. 20. — Stellenanzeigen, Familien-Anzeigen, 20. — Nachl. Reklamen 10. — 120. — Annoncenblätter: Montagblatt vorm. 8. — Uhr, Abendblatt nachm. 2. — Uhr. Die Anzeigen ab bestimmten Tagen, Stellen-Anzeigen u. keine Verantwortlichkeit, höhere Gewalt, Strafen, Verjährungs-Rückungen usw. berechnen zu sein. Erschienenen 1. Ausgabe, oder beschlossene Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Anträge durch Fernsprecher ohne Gebühr.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz und Recht. Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung.

### Rußland und die Konferenz des nahen Ostens

London, 30. September.

Trotz der Vorgänge in Griechenland steht die Frage, unter welchen Bedingungen die Beteiligung Russlands an der Konferenz des Nahen Ostens zustandekommen könnte, im Vordergrund des Interesses. Seitlich, Zeitungen des Ostens sind mit der Unterhaltung dieser Angelegenheit. Das die offizielle Organe die grundsätzliche Zustimmung der Regierung, Vertreter Moskaus zu lassen, mitzuteilen haben, ist bereits der Vorbereitung des wichtigen Themas im Weg, wie eine solche Zulassung begründet werden soll. Die all-berühmten Blätter, besonders „Westminster Gazette“, neben diesbezüglich ein weitest. „Westminster Gazette“ vertritt den Standpunkt, daß England klug und klar die Anerkennung Sowjet-Rußlands de jure aussprechen müsse. Diese Anerkennung würde zur unmittelbaren Folge haben, daß sich gemeinschaftliche Interessen am Schwarzen Meere und in Vorderasien schaffen ließen. Wenn England die Konferenz im Nahen Osten moralisch gewinnen wolle, so könne kein anderer, aber auch kein besserer Ausweg übrig, als die Verständigung mit Rußland. Der Widerstand wäre so von der nächsten Instanz: tritt Rußland in den Bund ein, so erwidert sich das ganze Problem. Begünstigt sich Rußland mit der Anerkennung de jure, so ist dieser Umstand allein schon hinreichend, um die Konferenz unter russischer Beteiligung abzuhalten. Das Wort wohnt vor einer abnehmenden Politik Englands; es weist auf die Gefahr einer immer kürzeren Zukunft der asiatischen Welt mit Rußland hin, unter der Bedingung: Begründung Englands. Auch die Anerkennung Rußlands wäre nach die Möglichkeit gegeben, die Neutralität, der manches an dem Verhältnis mit Rußland nicht gefällt, von den Bolschewisten loszureißen.

Von großer Wichtigkeit ist der Frontwechsel der „Times“ in russischen Frage. Hier macht sich die neue Weltung deutlich bemerkbar. In der heutigen Ausgabe erscheint ein zweispaltiger Artikel über Rußland, der darin gipfelt, daß man es in Rußland „mit der Durchführung des Handels und der Weltwirtschaft“ zu tun habe. Die Katschka in Genoa etc. so ist es auch Rußland ist nicht kommunistisch, es gibt aber in Rußland Kommunisten, nicht aber mehr als in anderen Ländern. In dem Artikel, der aus der Feder eines solchen der Reichs- und Reichs-Verhältnisse stammt, wird die russische Politik, daß sie die weitausgehenden Wäner in Rußland nicht nicht in dem Bewußtsein mit dem Westen vorzubereiten und bereit zu realisieren. Sie schlagen den Weg der Wirtschaftspolitik. Die Staatsreise kümmern sich nicht mehr um die bolschewistische Gefahr; sondern um die Frage, wann endlich die russische Politik mit dem Westen zustandekommen. Als eine Annäherung an die russische Politik. In dem „Times“ Artikel wird ferner von den Verbindungen der Amerikaner in Rußland. Die russische große Konzentration der Vereinigten Staaten liegt in der Hoffung von Konzeptionen gelangt. Während Rußland noch immer in Rußland Vorteile zu erwerben, so ist die Amerikaner Alles weg.

Offiziell aus derselben Quelle stammt eine analoge Veröffentlichung des offiziellen „Daily Telegraph“. In der Schilderung der russischen Politik, die diese Welt bringt, wird erwähnt, daß die russische Wirtschaftslage in Rußland besser ist als in Berlin. Die Menschen seien besser gefeiert, besonders die von den neuen russischen Krieger gelandet, die sich nicht nicht, wie die früheren russische Krieger. Bisher seien auch Rußland dazu gekommen, die von früheren deutschen Offizieren befreit werden.

Die diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ bespricht die Möglichkeit der Zulassung Rußlands im Hinblick auf die vorläufige englisch-russische Verständigung. Herr Poincaré wird es nicht leicht haben, dem Westlande Englands zu zeigen, denn er kann sich nicht gegen alle Forderungen der russischen Kommunisten, mit Rußland einig zu werden. So schreibt der „Daily Telegraph“: „Das England betrifft, so liegt kein Grund vor, weshalb wir die Wünsche Rußlands im Nahen Osten nicht berücksichtigen sollen.“

### Eine neue russische Dardanellen-Note an England

London, 3. Oktober. Offiziell nachrichtlich ist der englischen Regierung eine neue Note der Sowjetregierung zugegangen, in der gegen die Schließung der Dardanellen für Handelschiffe protestiert wird. Die Schließung hindere die Durchfahrt amerikanischer und anderer Schiffe, die Lebensmittel nach Rußland bringen.

### Die Konferenz von Mudania

Kemal Pascha kommt nicht selbst

Paris, 2. Okt. Nach einer hiesigen Meldung aus Konstantinopel hat Kemal seinen Generalsstabschef beauftragt, auf der Konferenz von Mudania am kommenden Dienstag die Sache Angoras zu vertreten, da er selbst sich nach Angora begeben müsse. Durch die Abwesenheit Kemals verliere die Konferenz stark an Bedeutung. Kemal Pascha sei im Besitz von Vollmachten, über die Räumung von Thrazien, die Frage der neutralen Zone und die Einstellung von Truppenbewegungen auf beiden Seiten zu verhandeln.

Paris, 2. Okt. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Konstantinopel beabsichtigt Kemal, eine Volksabstimmung in Westthrazien zu verlangen. Diese Frage werde jedoch der künftigen Friedenskonferenz überwiesen werden.

Paris, 2. Okt. Die „Chicago Tribune“ meldet, Kemal habe Frankreich-Britannien mitgeteilt, daß seine Hauptforderung in Mudania die Zurückziehung der Engländer aus den Zonen von Tschanal und Ismid sein werde, bevor die Räumung dieser Gebiete durchgeführt sei.

### Beginnende Entspannung?

London, 3. Okt. Ein offizielles Kommuniqué bezeugt, es bestünde kein Zweifel, daß eine Entspannung eingetreten sei, und wenn man auch nicht sagen könne, der Konflikt zwischen Engländern und Türken sei vollständig beseitigt, so könne

man die Lage doch mit einem gewissen Optimismus ansehen. Die Türken hätten die von den Engländern geforderte Räumung begonnen. General Harrington werde mit Kemal Pascha konferieren, um zu einer vollständigen Regelung der Zonenfrage zu gelangen. Man könne annehmen, daß diese Regelung durch gegenseitige Zugeständnisse in den beiderseitigen Ansichten zustande kommen werde. Sobald die Kemalisten als erste die Zone geräumt hätten, könnten die Engländer ihrerseits die Möglichkeit ins Auge fassen, eine der öffentlichen Meinung von Angora Genugtuung gebende Haltung anzunehmen. An der Konferenz von Mudania würden nur englische und türkische Unterhändler vertreten sein.

Konstantinopel, 3. Okt. Die im Bosphorus liegenden Schiffe haben Befehl erhalten, die ständige Alarmbereitschaft herabzumildern.

In politischen Kreisen verlautet, daß Lord George dem General Harrington noch vor seiner Abreise neue Weisungen gegeben habe und zwar in Bezug auf die Räumung der ostthrazischen Gebiete durch die englischen Truppen. Von der heute stattfindenden Konferenz in Mudania verspricht man sich eine vollkommene Entspannung.

Berlin, 3. Okt. Am Quai d'Orsay herrschte gestern „doppelt unterirdischer Optimismus“. Der englische Botschafter habe Poincaré die Mitteilung gemacht, daß es für sicher gehalten werde, daß die Konferenz der Generale in Mudania heute eröffnet werden kann. In amtlichen Pariser Stellen sei noch nichts bekannt, ob Griechenland an den Besprechungen in Mudania teilnehmen soll. Frankreich wünsche die Entsendung eines griechischen Generals nach Mudania, damit dort mit Griechenland über die von den Türken geforderte Räumung Thraziens verhandelt werden kann. Die neue griechische Regierung scheine jedoch nicht zu solchen Verhandlungen bereit und habe auch keinen General delegiert.

### Die Türken räumen das Tschanalgebiet

London, 2. Okt. Man meldet aus Konstantinopel, daß Mustafa Kemal auf die Note des Generals Harrington, die in bestimmter Form die Räumung der neutralen Zone durch die Türken fordert, geantwortet habe, daß der entsprechende Befehl an die Truppen ergangen sei, sich von Tschanal zurückzuziehen und auch die beiden türkischen Vorposten an den Dardanellen nördlich und südlich von Tschanal zurückzunehmen. Dadurch bestünde kein unmittelbarer Kontakt mehr zwischen den türkischen und englischen Truppen. Die Türken haben sich allerdings noch nicht von allen Punkten der neutralen Zone zurückgezogen. Man erklärt, daß die Frage der vollständigen Räumung der neutralen Zone auf der Konferenz von Mudania geregelt werden wird.

Konstantinopel, 2. Okt. General Harrington hat Mustafa Kemal eine neue Note gesandt, worin er um die Entsendung eines hohen Offiziers ersucht, der gemeinsam mit dem englischen Botschafter in Tschanal eine neutrale Grenze festlegen soll, hinter die sich die beiden Armeen zurückzuziehen hätten, um jeden Konflikt zu vermeiden.

### Anwachsen der revolutionären Bewegung in Mesopotamien

Bagdad, 3. Okt. Die Postagentur „Jowissja“ berichtet über das starke Anwachsen der nationalen revolutionären Bewegung in Mesopotamien. Die Engländer hätten in einem Erlass versprochen, daß Mesopotamien von englischen Truppen geräumt werden solle. In Wirklichkeit aber zögen die Engländer aus Indiens Verhältnisse heraus. Die Führer der mesopotamischen revolutionären Bewegung seien in Persien eingetroffen und hätten ein Manifest des Aufruhrs aller mohammedanischen Völker gegen die Herrschaft der Engländer erlassen.

### Die Mission des Ventisles

London, 3. Oktober. Reuter erzählt von maßgebender Seite, daß Ventisles sich bereit erklärt habe, eine Sondermission in den westlichen Hauptstädten anzunehmen, ohne irgend eine bestimmte Stellung. Seine Aufgabe werde sein, sich mit der öffentlichen Meinung in den alliierten Ländern vertraut zu machen. Nach den Erörterungen in London werde er sich unverspäht nach Frankreich begeben, um sich mit den dortigen leitenden Staatsmännern zu beraten. Nach kurzem Aufenthalt in Paris werde er wieder nach London zurückkehren.

London, 3. Oktober. Blättermeldungen aus Konstantinopel zufolge teilte der Oberbefehlshaber der griechischen Truppen in Thrazien den alliierten Hauptquartieren mit, daß er nicht in der Lage sein werde, die neutrale Zone bei Tschanal bald wieder zu öffnen, wenn die türkischen Banden, die sich in diesem Bezirk bildeten, weiter die griechische Front angriffen.

### Die Konferenz von Brüssel

Berlin, 3. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Telegraph“ nimmt, wie dem „L.“ aus Paris gedreht wird, an, daß die Konferenz in Brüssel, in der über die Reparationen zusammen mit der Regelung der internationalen Kriegsschuldentilgung beraten werden soll, unmittelbar nach der Rückkehr der englischen Mission aus Amerika fortgesetzt werden kann. Diese Mission reist ungefähr am 15. Oktober nach Washington ab und wird in der ersten Hälfte des November in London zurückkehren. Nach einer hiesigen Meldung würde die belgische Regierung sich indes nur dann zur Einberufung der Schuldentilgungskonferenz entschließen, wenn mit einiger Bestimmtheit auf deren Gelingen zu rechnen ist.

Paris, 2. Okt. Am Quai d'Orsay sind heute zwei Noten der rumänischen und sächsischen Regierung eingetroffen, worin Poincaré ersucht wird, einen französischen Schlichter für die Lösung der Banatfrage zu ernennen.

### Kleine politische Mitteilungen

Die Verhandlungen über die Grundgesetze der Beamten sind gestern nachmittag wieder aufgenommen worden und werden am Dienstag nachmittag fortgesetzt.

### Das Pressenotgesetz — ein Fehlschlag!

Von Geh. Regierungsrat Pfundner

Daß die von der Regierung vorgeesehenen gesetzlichen Maßnahmen über die Note der Presse, der, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, am 1. Oktober abermals über 200 Zeitungen und Zeitschriften zum Opfer gefallen sind, in keiner Weise wirkungsvolle Abhilfe stifteten, ja auch gar nicht schaffen können, zeigt ein in Nr. 117 der „Papier-Zeitung“ enthaltener Artikel unter der obigen Überschrift, dessen Verfasser Geh. Reg.-Rat Pfundner, der Vorsitzende der ehemaligen Reichsstelle für Druckpapier, ist. Aus seinen Ausführungen sind folgende Gedankengänge besonders bemerkenswert:

Das Ende Juli vom Reichstag zugleich mit den politischen Schulpflichtgesetz verabschiedete „Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse“ ist als „wirtschaftliches Schulpflichtgesetz“ gedacht, dessen Zweck jedoch auch auf politische Ermüdungen zurückzuführen. Es verdrängt keine Entscheidung, einem mit leiserer Einigkeit aller Parteien gefaßten Beschluß des Reichstages vom April ds. Js. und soll der wirtschaftlichen Notlage der Zeitungen wirksam steuern. Für die Regierung war es keine leichte Aufgabe, diesen Beschluß des Reichstages auszuführen, und nicht mit Unrecht hat der Reichswirtschaftsminister Schmidt bei den Beratungen darauf hingewiesen, daß das Gesetz eines der schwierigsten gewesen sei, die je in seinem — an Gelegenheitsfällen gewiß nicht armen — Ministerium gemacht wurden. Das Gesetz sucht für die Presse Hilfsquellen zu erschließen durch eine Abgabe von den im Inland getätigten Holzverkäufen und durch eine solche von der Ausfuhr. Im ersten Falle soll der Waldbesitzer, im zweiten Falle der Ausfuhrhändler die Abgabe entrichten. Die Abgabe soll auf dem Umweg über die Finanzstellen der Länder und über die Außenhandels- und Zollstellen einer „Rückvergütungskasse für die deutsche Presse“ zuzuführen und von dieser als Rückvergütung auf den Druckpapierpreis verwendet werden. Die Rückvergütung soll in Anlehnung an die Verteilung früherer Reichsbeiträge nach der Menge des Papierverbrauches der Zeitungen erfolgen, doch soll das zum Abdruck von Anzeigen verwendete Papier diesmal nicht vergütungsberechtigt sein. Zeitungen mit geringerem Papierverbrauch sollen eine höhere Vergütung erhalten als solche mit größerem Verbrauch. Alles Nähere ist den Ausführungsbestimmungen vorbehalten. Daneben enthält das Gesetz noch eine Ermächtigung der Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen für Zellstoff, Holzschliff und Druckpapier und zum „zwangswise“ Zusammenstoß der Erzeuger dieser Waren zu Vereinigungen und zum Preisausgleich unter behördlicher Mitwirkung innerhalb der so geschaffenen Vereinigungen.

Regierung und Reichstag sind bei der Schaffung dieses Gesetzes zweifellos von der Pflicht geleitet worden, zur Beseitigung der Notlage der Presse etwas Durchgreifendes zu tun. Es muß aber mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß der Versuch, der von ihnen unternommen wurde, bei der katastrophalen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse von vornherein zum Scheitern verurteilt war und daher ein Versuch mit untauglichen Mitteln bleiben mußte. Im Interesse der Allgemeinheit und der beteiligten Kreise liegt es, sich über das Vergeßliche des Bemühens so schnell wie möglich volle Klarheit zu verschaffen, damit nicht unnötige Hoffnungen erweckt und genährt werden.

Das Gesetz geht davon aus, daß der Presse wie früher, so auch jetzt noch auf dem Wege der Papierpreisverbilligung geholfen werden kann. Es rechnete ursprünglich mit einer Einnahme von rund 500 Millionen im Jahr aus beiden Einnahmequellen, heute wohl mit einer solchen in Höhe von einer Milliarde. Mit diesen Summen konnte der Papierpreis bei einem angemessenen Papierverbrauch von 20 000 bis 24 000 Wagen im Jahr um 2 bis 4 Mark für das Kilo Papier verbilligt werden. Zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes betrug der Papierpreis rund 20 Mark für das Kilo. Dieser Preis ist inzwischen am 1. August auf rund 28 Mark und am 1. September auf fast 30 Mark gestiegen, so daß die in Aussicht genommene Verbilligung des Papiers durch die Preisentwertung schon nach wenigen Wochen um das Vielfache überholt worden ist. Allein die Ausfuhr hat sich trotz des Marksturzes nicht sonderlich belebt und verpricht immer geringere Gewinne, da die Inlandpreise sich den Weltmarktpreisen, die im allgemeinen sinkende Tendenz zeigen, viel schneller nähern, als die Kursentwertung von diesen entfernt. Bei den Holzpreisen aber, die mit der Baumstoffentwertung annähernd gleichen Schritt halten, ist zu berücksichtigen, daß sie, da Papier aus Holz hergestellt wird, wiederum für den Papierpreis ausgleichend sind, und daß die auf die Holzverkäufe gelegte Abgabe selbstverständlich vom Holzlieferer auf den Abnehmer und damit letzten Endes auf den Papierverbraucher, d. h. die Presse, abgewälzt wird. Schon diese Erwägungen lassen erkennen, daß weder mit einer Ausfuhrabgabe noch mit einer Holzabgabe die Mittel zu einer nennenswerten Verbilligung des Druckpapiers beschafft werden können.

Der Presse ist also auf diesem Wege nicht zu helfen. Ihr wird auch damit nicht geholfen, daß man die Nachrichten unter eine verstärkte Kontrolle stellt. Diese Preisüberwachung muß den immer schneller vor sich gehenden Veränderungen der Marktlage stets nachhaken und kann schon deshalb nur geringen Erfolg haben, der zu der aufgewandten Mühe in keinem rechten Verhältnis steht. Die Papier- und Zellstoffabriken sind übrigens schon daran gewöhnt, ihre Kalkulationen möglichst genau aufzustellen, so daß die behördliche Preisprüfung nur selten Anlaß zu wirklich wesentlichen Bemängelungen hatte. Dabei spielte dann aber meistens der Umstand eine Rolle, daß die Regierung bezüglich der Kalkulationsgrundlagen ihren Standpunkt selbst mehrfach gewechselt hatte, indem sie bald die Einsetzung des Tagespreises für die wichtigsten Rohmaterialien, insbesondere für Holz, forderte, bald auf die früher eingetauschten Bestände zurückging und die Bildung von Durchschnittspreisen verlangte. Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten und Mißverständnisse konnten oft nur durch langwierige Verhandlungen beseitigt werden. Trotzdem hat die Industrie sich bemüht, den Wünschen der Regierung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und namentlich auch dem Verlangen nach Vornahme eines Preisausgleichs unter behördlicher Mitwirkung würde daher den bestehenden Zustand nicht verbessern, sondern eher verschlechtern. Die Festsetzung von Höchstpreisen endlich, die wiederholt erwogen worden ist, hat offensichtlich nur dann einen Sinn, wenn tatsächlich ein erheblicher, auch im Verhandlungsgang nicht zu beseitigender Unterschied zwischen den von den Verbänden geforderten und von der Regierung für richtig gehaltenen Preisen bestehen bleibt.

Es liegt die Frage nahe, ob unter diesen Umständen der Presse, die in ihrer großen Mehrheit zweifellos notleidend ist und die gerade heute besonders wichtige Aufgaben politischer und kultureller Art zu erfüllen hat, überhaupt noch durch behördliche Maßnahmen geholfen werden kann. Auch diese allgemeine Frage muß leider verneint werden. Doch auf dem Wege über eine Papierpreisverbilligung eine wirksame Hilfe nicht möglich ist, ist bereits dargelegt. Auch in Zukunft muß leider mit der Tatsache gerechnet werden, daß die Papier-



weise nun einmal von den Frachtpreisen, den Kohlenpreisen und namentlich den Holzpreisen abhängig sind. In der Holzfrage aber gehen wir in Deutschland mit Kleinrenten einer unabweisbaren Katastrophe entgegen, wenn es nicht sehr bald gelingt, große Mengen Papierholz aus dem Ausland, insbesondere aus Russland, zu erträglichen Preisen einzuführen. Die außergewöhnliche Steigerung der Holzpreise seit Ende 1921 ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß unsere inländische Holzbedeckung infolge mangelnder Einfuhr immer knapper wird, wozu auch die uns aufgezwungenen Reparationsleistungen an die Verbändemächte erheblich beitragen. Haben wir doch mit aus diesem Grunde in den letzten Jahren mehr Holz aus Deutschland ausführen müssen, als wir einführen konnten. Es kommt hinzu, daß das gleiche Holz je nach der Konjunktur namentlich auch als Bau- und Kuppelholz verwendet werden kann, wobei es natürlich wesentlich höhere Preise erzielt. Es ist daher kein Wunder, wenn die Forstverwaltungen und Privatwaldbesitzer auf den Einfluß von Papierholz zurzeit keinen besonderen Wert legen, ihn sogar hier und da vernachlässigen, wobei auch steuerliche Gesichtspunkte (Erhaltung der Schwärze) eine gewisse Rolle spielen. Durch diesen Umstand verschärft, macht sich die Knappheit auf dem Papierholzwert im Ausland immer fühlbarer. Die Zellstoff- und Papierindustrie ist daher gezwungen, im Inland in Wettbewerb mit anderen Holzverarbeitern immer höhere Preise anzulegen und außerdem, soweit irgend möglich, Holz aus der Tschoko-Stomakel, aus Polen, aus Finnland usw. zu Preisen zu erwerben, die bei dem jetzigen Valutastande phantastisch hoch sind. Dieser von Monat zu Monat sich verschärfende Lage des Holzmarktes kann mit einer allgemeinen Holzbewirtschaftung, wie sie in letzter Zeit wiederholt erörtert wurde, nicht abgeholfen werden, selbst wenn eine solche Bewirtschaftung durchführbar wäre. Der einzige Weg, die Frage der Holzknappheit und damit auch des Holzpreises befriedigend zu lösen, kann nur darin bestehen, daß Reich, Länder und Interessenten alle Anstrengungen darauf richten, die Einfuhr von Holz aus den unterentwickelten Ländern, namentlich aus Russland, beschleunigt in Fluß zu bringen und mit allen Mitteln zu fördern.

Ähnlich wie der Papierpreis sind auch die anderen zur Herstellung der Zeitungen benötigten Rohstoffe, Maschinen, Druckfarbe usw. und endlich auch die Arbeitslöhne der Arbeitnehmer im Zeitungsdruck der allgemeinen Preissteigerung gefolgt. Daß all diese einen wesentlichen Teil der Herstellungskosten der Zeitungsblätter ausmachenden Kosten sich regierungsseitig nicht verbilligen lassen, liegt auf der Hand. Der Gedanke, etwa alle Rohstoffe und Fertigerzeugnisse, angefangen bei der Kohle, beim Verbrauch durch die Presse einer bevorzugten Preisbildung zu unterwerfen, ist deshalb auch nie ernsthaft erwogen worden. Die Vergünstigungen bei der Festsetzung der Postgebühren und Eisenbahnfrachten sind bei der ungünstigen Finanzlage des Reiches offensichtlich seiner weiteren Steigerung fähig. Die Reichsregierung stellt es vielmehr schon als ein großes Unglück an, wenn sie bei den neuerdings drohenden gewaltigen Gebührens- und Tarifsteigerungen die Zeitungsgebühren bei dem alten Stande beläßt. Es bleibt daher nur noch die Anzeigensteuer, die zweifellos große Härten in sich birgt und am besten beseitigt würde, die aber bisher von der Reichsregierung als unentbehrlich bezeichnet worden ist.

Zusätzlich ergibt sich, daß der Presse mit öffentlichen aufzubringenden Mitteln schwer nicht zu helfen ist. Der Weg der Selbsthilfe durch Abwälzung auf den Abnehmer, der jedem anderen Wirtschaftswelt offen steht, findet bei ihr eine gewisse Grenze darin, daß die Zeitungen für eine immer mehr vorwärtende Bevölkerung heute ein Gegenstand des Luxus und nicht mehr ein unentbehrlicher Gegenstand des täglichen Bedarfs sind. Trotzdem wird die Presse den Weg der Selbsthilfe, den sie in letzter Zeit bereits beschritten hat, bis zum äußersten gehen müssen, indem sie selbst auf die Gefahr hin, daß der Kreis ihrer Leserschaft sich weiter verringert, ihre Bezugs- und Anzeigenpreise soweit als möglich der allgemeinen Preissteigerung anpassen. Es war vielleicht ein Fehler, daß die Presse und mit ihr die Regierung, sich in den Kriegsjahren und Nachkriegsjahren jeder Preissteigerung des Druckpapiers so sehr entgegenstemmten und Jahre hindurch, zum Teil unter Annahme staatlicher Beihilfen, den Papierpreis und damit auch den Zeitungspreis im Verhältnis zu den übrigen Erzeugnissen unnötig niedrig gehalten haben. So kam es, daß mit dem Fortschritt der staatlichen Beihilfe und mit der durch die Beihilfen gebotenen Begünstigung der Papierpreise an die allgemeine Preissteigerung die Lage für die Presse besonders schwierig wurde, weil das, was bei schrittweisem Vorgehen auch für die Zeitungsleser mehrheitlich erträglich gewesen wäre, diesen in einer plötzlichen Nummer fast unerträglich erschien.

Es würde zweifellos in Zukunft mehr Erfolg haben, wenn die beteiligten Wirtschaftskreise sich endlich auf den Standpunkt stellen würden, daß eine in erster Linie wirtschaftliche Frage wie die Papierpreisfrage am besten unmittelbar zwischen Herstellern und Abnehmern in lässlicher Weise ohne Anrufung des Rechts erledigt wird, wobei allerdings beide Teile im eigenen Interesse Verständnis dafür zeigen müßten, daß auch der Vertragsgegner einen Anspruch darauf hat, im wirtschaftlichen Sinne lebensfähig zu bleiben. Das bedingt auf der einen Seite mindestens die Bereitwilligkeit zur Festlegung der Preise für eine angemessene Zeit trotz der Unsicherheit der deutschen Verhältnisse, auf der anderen Seite als Gegenleistung dafür die Bewilligung einer angemessenen Mißverständnisse. Insofern die Erinnerung an frühere Verhandlungen durch die Härten, mit der diese geführt wurden, einer weiteren Verständigung hinderlich sein könnte, müßte durch einen Wechsel in der Person der Verhandlungsführer eine neue frische Atmosphäre geschaffen werden. Erst dann wird eine Verständigung einleiten können, die herbeiführen läßt im Interesse aller Beteiligten gelegen hätte.

**Die Faschisten besetzen Bozen**

Berlin, 3. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Die norditalienischen Faschisten haben nach einer Mitteilung der „Morning Post“ am Sonntagabend Bozen besetzt. Sie kampieren in der schönsten Schule, die sie für die 200 Kinder umfassende italienische Schule mit Beschlag belegt haben, während für die 600 deutschen Kinder keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung sind. Die weiteren Forderungen der Faschisten sind: Doppelsprachigkeit der Straßenbezeichnungen und Ablegung des verdienten und tapferen Bürgermeisters Perathoner, der schon bald ein Menschenalter die Geschäfte der Stadt Bozen führt — diese ist mittlerweile von der Regierung durchgeföhrt worden. Es steht noch die gleichfalls verjüngte Auflösung der städtischen Polizei aus. Die Faschisten haben Proklamationen an den Straßenecken angeschlagen, in denen sie der Bevölkerung Schonung versprechen, wenn Provokationen vermieden würden. Militärisch organisierte und phantastisch uniformierte Truppen mit Sicheln und Knüppeln durchziehen die Straßen. Das Leben in der Stadt geht weiter wie zuvor, aber die Erbitterung der Deutschen ist grenzenlos.

**Die Erschließung Sibiriens**

Berlin, 3. Okt. Wie die russische Telegraphenagentur aus Chabonawst (Sibirien am Amur) meldet, ist dort eine deutsche Kommission zur Untersuchung der Wasserverhältnisse und der Frage von Waldkonzessionen eingetroffen. Wie aus Chabonawst gemeldet wird, wird dort das Eintreffen einer Gruppe bedeutender japanischer Industriellen erwartet, die mit der Reise beabsichtigen, die Handelsbeziehungen Japans mit der Republik des Fernen Ostens und mit der Sowjetrepublik wiederherzustellen. Die russische Telegraphenagentur berichtet aus Petersburg, dort sei eine Kommission von holländischen Ingenieuren eingetroffen, um über die Bohrung mehrerer Unternehmungen zu verhandeln. Der Führer der Kommission habe erklärt, die Reise nach Rußland bezwecke das Ende der Unentschiedenheit Hollands hinsichtlich der Kreditfähigkeit Rußlands.

Nach einer Londoner Drahtung melden die „Times“, Amerika lange Zeit an, sich für die Verhältnisse in Sibirien zu interessieren. Eine sehr große Anzahl kapitalstärkiger Industrie- und Finanzfirmen hätten sich zu einem Konzern zusammengeschlossen, der sich der wirtschaftlichen Erschließung Sibiriens widmen wolle. Es sei jedoch bemerkenswert, daß in dem offenbar von sachkundiger Seite ausgehenden Bericht der „Times“ festgesetzt werden müsse, daß irgendwelche tatsächlichen Erfolge oder Vertragsabschlüsse auch von den Amerikanern nicht erzielt werden könnten, und daß die Befristung der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten daher in Anspruch nehmen dürfte.

Berlin, 3. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Nach einem Bericht der „Zeit“ berieten sich im russischen Osten interessierte Entwicklungler vor, die eine Wiederaufnahme des Wirtschaftszusammenhangs mit der pazifischen Küste in Aussicht stellen und den Weg für die politische Anerkennung Sowjetrußlands durch Washington und weiterhin auch für den wirtschaftlichen Verkehr zwischen Amerika und Sowjetrußland vorbereiten werden.

**Die Kaisermemoiren**  
**Das englische Bündnisangebot 1901**

Berlin, 3. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) In der Festschau seiner Erinnerungen gibt Kaiser Wilhelm zu, daß von England 1. St. Bündnisverträge geschlossen sind. Der Kaiser spricht nur von einem Angebot aus dem Frühjahr 1901, wo die Sonderziehungsentscheidungen bereits ihrem Ende sich näherten. In Domburg war ihm vom Grafen Weizsäcker mitgeteilt worden, daß Chamberlain angefragt habe, ob Deutschland eine Allianz mit England eingehen bereit sei; aber schnell gefolgt hätte Wilhelm II. geantwortet: „Gegen wen?“ und hätte sofort in London auf die alte traditionelle Waffenbrüderschaft der russischen Armee und auf die engen veranblichungswürdigen Beziehungen zwischen beiden Herrscherhäusern aufmerksam gemacht. So sei Chamberlains „Plan“ die Aufhebungsentscheidung kommen vom Kaiser selbst im Gange verlaufen. Der Kaiser erzählt dann noch, was bekannt ist, daß er die Langreise mit Weizsäcker angetreten habe und daß der Sturz Delcassés und sein Verfall durch Kaiser dem Einfluß des Fürsten von Monaco zugunsten genehmigt sei, der sich in Kiel vom Kaiser hat übergeben lassen, daß man in Deutschland aufrecht mit Frankreich zu einem Ausgleich gelangen wolle. Schließlich werden — immer noch im Kapitel Valon — den Konventionen von 1901 — erwähnt, weil sie den „fortschrittlichen Konventionen“ Wilhelm II. nicht verstanden hätten.

**Beginn des Rathenau-Mordprozesses**

Wie schon mehrfach erwähnt, beginnt am heutigen Dienstag die erste Verhandlung des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik gegen die Täter, Teilnehmer und die Begünstiger der Ermordung Rathenaus. Die Zahl der Beschuldigten dürfte mehr als verdoppelt werden, so viele Zeitungskorrespondenten aus dem Reich und dem Ausland haben sich angemeldet. Für das Auditorium wurden 600 bis 700 Einlasskarten ausgegeben. Den Vorsitz führt der Senatspräsident beim Reichsgericht, Dr. Hagens.

**Aus der Anklageschrift**

Bei folgendes herorgehoben: Die Anklage geht von der als erwiesenen angeführten Tatsache aus, daß Fischer, Kern und Tschow, unterstützt von einer Anzahl Gesinnungsgenossen, das Verbrechen aus fanatischem Antisemitismus und dem Wahn begangen haben, sie könnten durch gewalttätige Beseitigung eines hervortretenden Mitgliedes der Regierung, deren Politik ihnen verhängnisvoll erschien, eine Erhebung der Arbeiterklasse und nach deren Niederwerfung die Erzwingung einer Rechtsregierung durchzuführen. Fischer und Kern werden als die eigentlichen Täter bezeichnet, während von Solomon zur Last gelegt wird, daß er als erster den Gedanken gefaßt habe, das Verbrechen auf Rathenau unter Verwendung eines Lutes zu verüben. Tschow, der das Lute ohne Kenntnis des beabsichtigten Attentates gesteuert haben will, wird beschuldigt, in die Hände der drei vorgenannten durchwegs eingeweiht gewesen zu sein. Dafür spreche u. a. seine Fahrt über Halle nach Frankfurt a. O., wo er, wie noch erinnert sein dürfte, auf dem Gute seines Onkels und auf dessen Veranlassung hin festgenommen wurde. Dem Bruder Tschows und den Angeklagten Günther, Schmied, Kriebitz, von Solomon, Steinbeck und Warncke wird Teilnahme zur Last gelegt, ferner ist der jüngere Tschow, Diesel, Hoffmann und Schütz der Begünstigung angeklagt, während Tilsen, Wlass und Vogt ein Vergehen gegen Paragraph 139 St. G. B., das die Nichtanzeige drohender Verbrechen zum Gegenstande hat, vorgeworfen wird. Die übrigen in das Verbrechen einbezogenen Personen, darunter auch Kapitänleutnant Ramstedt von Kallinger, der Autobesitzer Rüdigermeister aus Freiburg und der Führer der Geheimorganisation C. Kapitänleutnant Hoffmann, sind inzwischen außer Verfolgung gesetzt.

Ferner hat sich Kapitänleutnant A. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt und der Schriftsteller Dr. Hans Stein-Burg Soaked unter der Anklage zu verantworten. Fischer und Kern wissenlich Betand gefaßt zu haben. Im ganzen haben sich etwa 15 Angeklagte zu verantworten.

**Sozialdemokratie und Getreidepreis**

Berlin, 3. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Die sozialistische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen ersten gemeinsamen Sitzung beschlossen, trotz des Wandels aller Dinge in den letzten drei Monaten an der Preisbestimmung des Getreideumlagegesetzes für das erste Drittel der Umlage festzuhalten. Damit ist unter Umständen der Knoten für eine neue innenpolitische Krise geknüpft. Das Reichstabinett wird, wie der „Vorwärts“ meint, schon heute sich erneut mit der Lage befassen. Der Reichsernährungsminister Dr. Mehr hat dem Kabinett eine Vorlage zugehen lassen, in der er rückwirkende Erhöhungen des Roggenpreises für das erste Drittel auf 207 000 Mark vorgesehen hat. Das ist genau das dreifache des ursprünglichen Preises. Von den nach dem Umlagegesetz abzuleifernden zwei Millionen Tonnen sind bis jetzt erst 125 000 zur Ablieferung laugt gegenüber 400 000 Tonnen des Vorjahres.

**Die Getreideumlage in Bayern**

München, 2. Okt. Abgeordnete der Bayer. Volkspartei haben eine Entzage an die Staatsregierung gerichtet, ob ihr bekannt sei, daß das Einzelergebnis in diesem Jahre um die Hälfte geringer ist als das vorjährige und welche Schritte die Regierung beim Reichsernährungsministerium zu tun beabsichtigt, um eine Herabsetzung des Umlagepreises für Bayern zu erreichen. Ferner wird gefragt, ob die Staatsregierung bei der Reichsregierung bereits Schritte getan habe, daß sobald als möglich ein Gesetz über eine allgemeine Preisbegrenzung für die leistungsschwachen Teile des Volkes durch die leistungsfähigeren Schichten des Volkes zur Verabschiedung gelangt.

**Die Judenversorgung**

Der Reichsrat hat einen Antrag angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, für das Betriebsjahr 1922/23: 1. Zur Sicherung des Verbrauchs der Bevölkerung an Mundvorrät für Kopf und Monat 2½ Pfund und an Einmachvorrät 6 Pfund einmahl aus der Inlandsversorgung den Ländern zur Verfügung zu stellen. 2. An Juden für Inster und zur Herstellung von Kunstbrot, Marmeladen und Obstkonerven die nach näherer Bestimmung des Reichministers für die Ernährung der Landwirtschaft notwendigen Mengen an die öffentliche Hand abzuliefern. Der Entwurf der Verordnung des Reichsernährungsministers schließt sich an einen Antrag an, den der Verein der deutschen Judenvereine mit den ihm angeschlossenen Judenverbänden für das kommende Wirtschaftsjahr abgeschlossen hat. Die Verordnung be-

stimmt, daß die im Betriebsjahr 1922/23 arbeitenden Judenverbände, die dem genannten Vertrag nicht beigetreten sind, dem Vertrag mit dem gleichen Rechten und Pflichten wie die übrigen Vertragsfirmen angeschlossen werden. Somit wird durch gesetzlichen Zwang ein einheitlicher Zusammenhalt aller Judenverbände erzielt und damit die Grundlage für eine volle Ersaffung und Verteilung des Judentages geschaffen.

**Deutsches Reich**

**Festhalten der Deutschnationalen am völkischen Standpunkt**

Wie der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei mitteilt, hat dieser sich in einer am 29. September in Berlin abgehaltenen Sitzung mit der Bildung der deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei beschäftigt. Es kam einstimmig bei zwei Stimmabstimmungen folgender Beschluß zustande: Der Bestand einer deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei, die eigene Organisationen im Lande unterhält, ist mit den Lebensinteressen der Partei unvereinbar, weil sie deren Einheit und Geschlossenheit verletzen würde. Es ist unter den gegebenen Verhältnissen umso bedenklicher, als dadurch der Eindruck der Aufwerfung einer grundsätzlichen völkischen Streitfrage innerhalb der Partei erweckt wird. Der völkische Standpunkt der Partei steht fest, verschiedene Auffassungen über seine praktische und tatsächliche Durchführung können nur im Rahmen der allgemeinen Parteigliederung geklärt werden. Für die grundsätzliche Ausarbeitung und Vertiefung des völkischen Gedankens ist ein völkischer Ausschuß bei dem Parteivorstand gemäß Absatz 12 der Satzungen der Partei zu bilden.

Arbeitsgemeinschaft und Demokratische Partei  
Auf dem Hamburger Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei betonte Senator Abg. Petersen, es könne ohne die Sozialdemokraten keine Politik der Mitte geben. Die demokratische Republik sei zum Wiederaufbau Deutschlands unentbehrlich. Das Beste sei gegenwärtig die Zusammenfassung der breiten Mitte von Sinnlos bis Crispian. Obgleich in der Aussprache vielfache Bedenken gegen die Arbeitsgemeinschaft geäußert wurden, wurde eine Entscheidung angenommen, in der der hamburgische Parteitag von der Arbeitsgemeinschaft erwartet, daß sie dazu beitrage, alle auf dem Boden der Republik lebenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Bei einer Tagung des Landesauschusses der Deutschnationalen Partei in Bayern referierte der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Abg. Dr. Ditt, über die deutsche und bayerische Politik. Der Redner forderte gegenüber der äußeren Bedrückung die Zusammenfassung aller aufbaumühtigen und staatsstreuen Schichten zu einer geschlossenen nationalen Volksgemeinschaft. Nächste Aufgabe zu diesem Ziele sei die Arbeitsgemeinschaft, die verfassungstreuen Parteien im Reiche und eine energische Politik der Mitte.

**Die Meuterei bei der Lözener Reichswehr**

Die „Länder Zeitung“ teilt mit: Die Verhandlungen wegen Meuterei bei der Reichswehr in Lözen vor der Strafkammer in Bayreuth endeten am Samstagabend. Es wurden zum Teil recht hohe Strafen verhängt. Der als Hauptdelictführer anzusehende Soldat Pefinger wurde wegen Lichtungsverletzung in Lateinheit mit Gehörlosungsverweigerung oder verwehelter Mannschaft und wegen Veranlassung einer verbotenen militärischen Versammlung in Lateinheit mit militärischem Aufrühr zu drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Robert erhielt wegen Veranlassung einer verbotenen militärischen Versammlung in Lateinheit mit militärischem Aufrühr drei Jahre und einen Monat Gefängnis. Jentkowsky und Haeßel erhielten 1½ Jahr Gefängnis. Im übrigen bewegten sich die Strafen zwischen 9 Monaten Gefängnis und drei Wochen Militärarrest. 12 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Hauptverhandlung ergab, daß nichts vorgekommen sei, was einer vorstrafrechtlichen Verhandlung zuzurechnen wäre, was leicht mit Ausnahme einiger kräftiger Ausbrüche, wie sie im militärischen Leben öfters vorkommen und nicht als etwas Befremdliches angesehen werden. Insbesondere sind keine Verhandlungen vorgekommen. Zweifelslos wurden Hazereten von außerhalb in die Reichswehr hineingetragen, ob von kommunistischer Seite, ließ sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Vom preussischen Minister des Innern wurde, wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, die Vereinigung Bismarckbund in Halle für aufgelöst erklärt. Der Bismarckbund hielt militärische Übungen ab und bildete die Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen aus. Ebenso wurde der Bund der Riederdeutschen (Sich Hamburg) für den gesamten Bereich des Reiches als aufgelöst erklärt. In Vergehens wurde eine größere Anzahl von Waffen beschlagnahmt, die nach den eigenen Angaben eines Vorstandsmitgliedes von diesem für den Selbstschutz des Bundes beschafft wurde.

**Kohlenpreiserhöhung oder nicht?**

Berlin, 3. Okt. (Privat-Tele.) Einer Korrespondenzmeldung zufolge haben sämtliche Bergarbeiterverbände auf dem Standpunkte, daß die Durchführung des vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedspruches für den Ruhrbergbau ohne neue Kohlenpreiserhöhung möglich ist. Da die Arbeitgeberverbände gegenentwärtiger Ansicht sind, ist im Reichsrat, der am Mittwoch zusammentritt, eine lebhafte Aussprache zu erwarten. (Ueber die geplanten Kohlenpreise findet sich Näheres im Handeltel.)

**Ausperrung als Folge des Terrors**

Berlin, 3. Oktober. (Von unserm Berliner Büro.) Am gestrigen Montag drang, wie der „Lokalanzeiger“ mitzuteilen weiß ein Teil der Belegschaft des Wernerwerks in die Direktionsräume ein und verlangte, obwohl über die Angelegenheit bereits Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Verbänden schwebten, die Rücknahme der Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes, der wegen unbedingten Verlassens seiner Arbeitsräume entlassen worden war. Durch tätliche Bedrohungen der Betriebsleitung wurde das Zustandekommen der Wiedereinstellung erpresst. Da durch diese Vorgänge eine ordnungsmäßige Fortführung des Betriebs unmöglich gemacht worden war, hat die Direktion von Siemens u. Halske das Wernerwerk bis auf weiteres geschlossen und die Arbeiterschaft auf rund 10 000 Mann entlassen. Die dem Wernerwerk gleichzeitig angehörenden etwa 4000 Angestellten wurden vorläufig beurlaubt. Gleichzeitig ist in einem Wert der U.S.G. eine größere Aussperrung erfolgt, weil die Direktion die Zahlung einer im Tarifvertrag nicht enthaltenen Zulage abgelehnt hatte. Da sich der Betrieb ohne Vorarbeiter nicht ausrüchrt erlauben läßt, entließ die Direktion die ganze Belegschaft von etwa 10 000 Mann.

**Bayern und die Pfalz**

**Der Vollzug des bayerischen Schulaufsichtsgesetzes**

München, 2. Okt. Die „Bayer. Staatszeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Teil eine Ministerialbestimmung, die den auf Grund der Verordnung vom 28. August 1919 bestellten Organen Übergangsweise die Wahrnehmung der Aufgaben überträgt, die durch das neue Gesetz über Schulpflege, Schulleitung und Schulaufsicht umschrieben sind, da dieses Gesetz zu dem vom Landtag bestimmten Zeitpunkt des 1. Oktober noch nicht in Kraft gesetzt werden konnte. Die Unterrichtsverwaltung ist darauf bedacht, die zum Vollzuge des Gesetzes notwendigen Maßnahmen beschleunigt durchzuführen, um die durch besondere Umstände bedingte Uebergangszeit möglichst abzukürzen.

**Grundgebung der bayerischen Regierung zur Teuerung**

München, 2. Okt. Die bayerische Staatsregierung hat, wie in einem amtlich mitgeteilten wird, an den Reichsminister eine eingehend begründete Rate gerichtet, in der sie die Reichsregierung auf den Ernst unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage hinweist und Maßnahmen anregt, um der Teuerungssnot zu steuern.



Tagung des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen

Die 3. Hauptversammlung des Verbandes in Magdeburg hat eine über alles Erwartete große Zahl von Wohlfahrtsleiterinnen vereinigt. Auch die Behörden bekundeten durch Entsendungen von Delegierten ihr Interesse für die Bestrebungen des Verbandes.

Mit großem Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen über die Frage: „Wie können Rinderheiten innerhalb einer Organisation zu ihrem Rechte kommen?“

Am zweiten Tag stand das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und die Altersversorgung der Sozialbeamtinnen zur Verhandlung, zwei Fragen, die den Verband im Laufe der nächsten Monate und Jahre sehr stark beschäftigen werden.

Das deutsche Handwerk zu der Wirtschaftskrise

Der Reichsverband des deutschen Handwerks nahm in feierlicher Ausschüttung am 15. September ausführlich Stellung zu der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der durch dieselbe herbeigeführten wirtschaftlichen Notlage des deutschen Handwerks.

- 1. Im Interesse unserer wirtschaftlichen Lage ist die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses insofern erforderlich, daß die Auskunftsspflicht der Kreditinstitute auf die Fälle eingeleiteten Steuerstrafverfahren beschränkt wird.

spricht, und wenn Höchstpreise oder amtlich festgesetzte Kartipreise eingehalten werden. In den Fällen, wo die Bildung eines Kartipreises ausgeschlossen ist, soll der Wiederbeschaffungspreis nebst den nachweisbaren Geschäftskosten als Grundlage für eine zulässige Preisstellung dienen.

Zu der Frage der Umwandlung der Handwerks- und Gewerbe-kammern als Unterbau für die endgültige Bildung der Bezirks-wirtschaftsräte fasste der Ausschuss folgenden Beschluß:

I. Der geschäftsführende Ausschuss des Reichsverbandes des deutschen Handwerks lehnt die Forderung der Arbeitnehmererschaft nach paritätischer Beteiligung in den Handwerks- und Gewerbe-kammern ab, da sie weder in der geschichtlichen Entwicklung des Handwerks noch in seiner wirtschaftlichen und sozialen Schichtung begründet ist.

II. Dagegen erklärt der Ausschuss wiederholt seine grundsätzliche Bereitwilligkeit zu berufständischer Gemeinschaftsarbeit der Handwerks- und Gewerbe-kammern mit den Arbeitnehmern des Handwerks.

III. Unbeschadet der Regelung der Berufsoverretungen für die Arbeitnehmer des Handwerks im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung ist zur Vermittlung dieser Gemeinschaftsarbeit bei den Handwerks- und Gewerbe-kammern zu gleichen Teilen ein Ausschuss aus den Mitgliedern der Handwerks- und Gewerbe-kammern und der Arbeitnehmervertretung zu bilden.

IV. Diefem Ausschuss obliegen folgende Aufgaben:

- 1. Erlass von Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens nach Maßgabe der hierfür erlassenen besonderen gesetzlichen Vorschriften und Überwachung ihrer Durchführung.

Messen und Ausstellungen Die Frankfurter Messstadt

Die Kartenflutze, die wir hier veröffentlichen, unterrichtet anschaulich über das außerordentlich starke Wachstum der Frankfurter Internationalen Messen, deren nächste vom 8. bis 14. Oktober abgehalten wird.



Das von den Frankfurter Messen vorbildlich ausgebildete System der Gruppierung der Aussteller nach Waren-Branchen, die auf die gleiche Art der Präsentation rechnen, wird durch den technisch-organisatorischen Aufbau der Messhallen und -häuser planmäßig gefördert und getragen.

Man hat in Frankfurt a. M. mit vollem Erfolg den Plan durchgeführt, alle Messeanlagen so praktisch und übersichtlich wie nur möglich anzuordnen und einzurichten.

Städtische Nachrichten

Kartoffelnot

Zu dem Artikel „Kartoffelnot“ vom 29. September in Nr. 449 unseres General-Anzeigers erhielten wir folgende Zuschrift aus unserem Leserkreis: Im Sommer konnten wir alle Hoffnung auf eine sehr gute Kartoffelernte haben.

Die Frachtermäßigung wird jedenfalls keine Senkung der jetzt geltenden Preise herbeiführen, denn Kartoffeln kosten heute genau so viel Fracht wie vor 14 Tagen.

Der neuen Kohlenpreissteigerungen. Wie wir erfahren, hat der Zechenverband in Essen dem unter dem Vorhange des Ministeriums eingeleiteten Schiedsgericht, der für die Bergarbeiter eine Lohn-erhöhung pro Schicht von 150 Mark (24,7 Prozent) bringt, abgelehnt.

Die Schließung der Freiwilligen Feuerwehre fand gestern nachmittag statt. Die Kompanien sammelten sich auf dem Marktplatz, um von dort aus mit Musik nach dem angemessenen Brandplatz, dem alten Krankenhaus in R 5 zu rücken.

Die Schließung der Freiwilligen Feuerwehre fand gestern nachmittag statt. Die Kompanien sammelten sich auf dem Marktplatz, um von dort aus mit Musik nach dem angemessenen Brandplatz, dem alten Krankenhaus in R 5 zu rücken.

Sp. Vom Weinmonat Oktober. Räte und Regen für den Monat Oktober sagt der hundertjährige Kalender voraus. Nahezu die Hälfte des Monats, bis zum 14., soll mit recht unbeständigem Wetter ausgefüllt sein.

Die Bauernregeln vom Oktober sagen: Wenn Kranich und wilde Gans fliegen, ist es Zeit, die Felder zu säen.

Vom Freien Bund

Zur Eröffnung der neuen Vortragzeit.

Jahr um Jahr kommt unter Vortragsplan heraus, und die zum Freien Bund gehören, wie überhaupt alle, die von unserer Tätigkeit wissen, könnten glauben, die Regel sei unerschütterlich wie ein Gesetz am Sternenhimmel.

Heider ist dieser Glaube heut weniger begründet als je. Unser Wert entwickelt sich nicht. Die Grundpfeiler bedürfen der Prüfung. Als der Freie Bund entstand — bald sind es zwölf Jahre — mußte man, daß die erste Form nur vorläufig war.

Es ist bitter, dies feststellen zu müssen, nachdem es in jahrelanger und wahrlich nicht erfolgloser Arbeit gelungen war, ein lebendiges, überall zündendes Beispiel für aufbauende Kulturpflege zu geben.

Wenn aber nicht kräftig eingegriffen wird, so dürfte dies schöne

Wert bald nur noch als Gedankengebäude und geschichtliche Tat bestehen. Was wir zunächst fordern müssen, ist ein geeigneter Vortragssaal. Es ist ein Übel, daß wir jeden Vortrag doppelt halten müssen.

Aus zu unserem Vortragplan. Hauptstück ist diesmal das Meisterleben. — Was! Wie vielen wird dieses festlich mit Gedächtnis- und Schönheits-erfüllte Wand für immer Ziel der Sehnsucht bleiben müssen!

Man hat in Frankfurt a. M. mit vollem Erfolg den Plan durchgeführt, alle Messeanlagen so praktisch und übersichtlich wie nur möglich anzuordnen und einzurichten.

Die Gräber Beethovens und Schuberts in Gefahr!

Den uns allen heiligen Grabstätten Beethovens und Schuberts auf dem Währinger Friedhof in Wien droht die Gefahr, vom Leben im Sturme des Alltags hinweggefegt zu werden, um auf ewige Zeiten zu verschwinden.

Daß noch ist es Zeit, dieses Ungeheuerliche zu verhindern, noch ist es möglich, diese geweihte Stätte zu erhalten. Auf Anregung seines Dirigenten Viktor Keldorfer hat der Schubertbund in Wien beschloffen, diese Kulturstatue in Angriff zu nehmen.

Daß der Schubertbund mit seinen geringen Mitteln nicht imstande, die für ihn unerwäglichen Kosten des Unternehmens allein aufzubringen.

Kunst und Wissen

Die Erwartung einer starken Künstlerkraft, was ein so zahlreiches Publikum im Harmoniesaal sammelte? Rudolf Ties, der blinde Fiedlermeister, hat in seiner Art so gar nichts Besondere und Virtuosenhaftes, und was er spielte, war eigentlich gar keine schwere oder tiefe Musik.



Gänge gehen — wird man bald den Winter sehen. — Wenn der Lauber noch girt — hat sich der Herbst geirrt. — Ursula (21.) räumt Kraut herein, sonst schneit noch drein. — Wenn Simon und Judas vorbei — rückt der Winter bei. — Ist Oktober kalt — macht er dem Klappenfroh halt. — Wenn im Oktober frost und schneit — bringt der Winter milde Zeit — wenn aber donnert und wetterleuchtet — der Winter dem April an Laugigkeit gleicht.

**Pb. Unfälle.** Am 29. September vormittags 6 Uhr sprang eine 14 Jahre alte Schülerin aus Furcht vor einer Schulvorführung zum Fenster des 3. Stockes ihrer elterlichen Wohnung in der Klosterstraße hier auf die Straße und zog sich hierbei einen rechten Oberschenkelbruch zu. Die Verletzte wurde in das Allgemeine Krankenhaus aufgenommen. — Am 30. September liefen zwei Pferde eines Landwirts aus Käferthal, als dieser sein Fuhrwerk einen Augenblick verlassen hatte, bei der Wirtshof Neu-Ofheim die abschüssige Straße nach der Höhe zu, direkt in den Redar, um nach dem rechten Ufer zu schwimmen. In der Mitte des Redars verwickelten sie sich an dem Drobtsel der Führe, wodurch das eine Pferd im Werte von 200 000 Mark erkrankte. Das andere Pferd konnte gerettet werden. — Am 1. Oktober nachmittags zwischen 12 und 4 Uhr wurde ein 28 Jahre alter, lediger Arbeiter aus Altrip aus der Redarauerstraße in Redarau auf einen fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 7 auf die vordere Plattform springen. Er kam hierbei zu Fall und wurde etwa 20 bis 30 Meter weit geschleift. Die hierbei erlittenen Quetschungen machten seine Aufnahme in das Allgemeine Krankenhaus notwendig. — Eine 45 Jahre alte Kaufmannsweibin wurde am 1. Oktober abends 8.30 Uhr vor dem Hause H 1, 18 von einem Straßenbahnwagen der Linie 6 angefahren und zu Boden geworfen, wobei sie zwei blutende Verletzungen am Kopfe davontrug und das Bewußtsein verlor. Sie wurde in das Allgemeine Krankenhaus verbracht, wo sie nach kurzer Zeit wieder das Bewußtsein erlangte. Ein Verschulden des Wagenführers liegt nicht vor.

**Pb. Körperverletzungen und Verhaftungen.** Zwölf Körperverletzungen in verschiedenen Stadtteilen gelangten zur Anzeige. — Verhaftet wurden 36 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 2 Personen auf Grund der Geschloßkontrolle.

**\* Töchter Unglücksfall.** Bei Montagearbeiten im Elektrizitätswerk Wertheim kam der 24jährige verheiratete Monteur Alfred Ulrich aus Mannheim an der Schalttafel mit dem Starkstrom in Verbindung und wurde sofort getötet.

**Pb. Diebstahl und Unterschlagung.** Am 20. September wurde in einem Straßenbahnwagen vom Tatterfeld bis Hauptbahnhof die nachbeschriebene Handtasche mit Inhalt entwendet bzw. verloren: 1 Lederrolle mit Eisenbeschloß, 1 silb. Bleistifthalter, 1 goldene Brill., 3 Scheeren und 1 Reißzweife (handgemalt, Amur mit Harke), auf der Rückseite des Programms L. S., ein Auslandspost auf den Namen Clara Scabel lautend mit österr. Wismut und eine graue Geldbörse.

**Pb. Junge gesteht.** In der Nacht vom 13./14. September, etwa 2 Uhr, wurde auf dem Friedhofstraße, Ecke Q 7 und R 7, eine eiserne Gortentüre ausgehauen und quer über die Straßenbahnlinien gelegt. Bei der kurz hernach erfolgten Festnahme eines vermittelnden Täters war ein behergestellter Herr zugegen. Seine Aussagen sind für die Unterbindung von Diebstahl. An diesen Herrn ergeht die Aufforderung, sich bei der Staatsanwaltschaft oder der Kriminalpolizei zu melden.

### Veranstaltungen

**Die Wander der Sternenwelt.** Im mäßig besuchten Rosenkranz, dem sich die Räte des unendlichen Sternraums mitgeteilt zu haben schien, hielt Hermann B a g u s c h e einen neuen Lichtbilder-Vortrag über die Wander der Sternenwelt. Als Vorgabe mit diesem Thema zum erstenmal nach Mannheim kam, wußte er seine zahlreiche Zuhörerschaft durch die sachlichen Einzelheiten seines Vortrags, die den Reizen manchen dunklen Begriff aufzuheben vermochten, stark zu fesseln. Bessern jedoch sprach der Redner viel zu oft und dann auch viel zu lang an eigentlichen Thema vorbei, verlor sich in freizeitswennige Nebensächlichkeiten philosophischen Charakters, anstatt die Begriffe zu erläutern, auf denen der Vortrag ruhte. Die Fülle von Zahlenausdrücken unendlicher Entfernung, die einen großen Teil der Ausführungen ausmachten, erhöhte höchstens die Unschärfe des Themas. Dagegen war der größte Teil der Lichtbilder von bester Anschaulichkeit, besonders die Aufnahmen der Sternnebel und des Sonnenmers des Milchstraßensterns.

**\* Vorführung im Hausfrauenband.** Infolge der Kohlennot sind die Hausfrauen die nächsten Jahre hauptsächlich auf die Verfeuerung von Braunkohlen in den Öfen angewiesen. Die Industrie hat sich zu einem großen Teil auf die Verbrennung der preiswerteren Kohlen an Stelle bereits eingestell. nur beim Hausbrand kößt man auf Schmelzgasen. Die Hausfrau muß deswegen, wie es die Industrie getan hat, ihren Herd und Kochlöfen für Braunkohlenheizung einrichten. Dies ermöglicht ihr ein Köst, der flüchtige Braunkohlen für sich allein in jedem Herd verbrennt, sobald damit ebenso gut wie mit Steinkohlen gekocht und gebacken werden kann. Er läßt sich ohne weiteres nach Heranzugabe des Gasdruckes in die Feuerung einleiten. Die Heizungsanlagen stellen sich

ebner Flächenboden denken müssen; auch in seiner Höhe liegt ein wenig Klang, ein wenig Wohlklang und Gesang und eine ganze Seele. Sie sprach besonders eindringlich in der so anpruchsvollen Doppelstimmigen Romanze zu uns, in der die breite Kantilene in seltener Fülle und Wärme ausklang. Aber auch das Konzert Friedrichs des Großen und Demersmanns Große Konzertschätze erklangen als Wohlklingen imigen Vortrags, den eine reife Technik höher führte. Viel Freude machte auch Paul R o s e mit dem frischen, ungeschminkten Vortrag einiger klassischer Solos und Fräulein S c h i d t, die der Referent aus Gitarre und Liedern von Schubert und Schumann ihr kluges Vortragsgeschick und ihr gediegenes Können lieb. Für die verlässliche Begleitung am Flügel dankte man Johannes S t e g m a n n.

**Ein Freilichttheater bei Södingen.** Wie schweizerische Zeitungen melden, hat sich eine Gesellschaft von schweizerischen, holländischen und deutschen Kunstfreunden mit einem Kapital von 3 Millionen Mark gebildet. Die Gesellschaft will am Bergsee in Söding ein Freilichttheater errichten, auf der Schiffs-Competer von Södingen und Elbehard aufgeführt werden sollen.

**Edwin Schorffs Verunglückung nach Berlin.** Der bekannte Münchener Bildhauer und zweiter Vorsitzender der neuen Sezession, Edwin S c h o r f f, hat einen Ruf an die Berliner Akademie der Künste angenommen.

**Judo-Übung in Wien.** Die Erläuterung von Ludwig F u l d a s Lustspiel „Des Meis Schatten“ im Wiener Burgtheater hatte am letzten Sonntag einen durchschlagenden Erfolg. Das Premierpublikum brachte dem der Aufführung beimohnenden Dichter lebhaften Beifall dar. Nach der Vorstellung fand anlässlich des 80. Geburtstages des Dichters ein Festessen statt, an dem auch der deutsche Gesandtschaftsrat teilnahm.

**25 Jahre „Lürmer“.** Die bekannte Monatschrift für Gemüt und Geist „Der Lürmer“ (Verlag Greiner u. Pfeiffer, Stuttgart) beginnt mit dem letzten erschienenen Oktoberheft ihren 25. Jahrgang. Nach dem kurz nacheinander folgenden Tode des Verlegers von Greifhuth und seines Hauptmitarbeiters Karl Stord übernahm Friedr. Bernhard die Hauptleitung des Lürmers. Das Jubiläumshäft ist besonders reichhaltig.

**Julius von Lubahn, einer der stimmungsreichsten Schilderer Wiens, ist im 65. Lebensjahre in seiner Vaterstadt gestorben.** Die Grazie des Biedermeier umgibt uns am anheimlichsten in seinem Roman „Der tanzenbe Stern“. Einige Seiten aus dem Lebensabende einer Wienerin sind hier vor uns aufgeschloßen: Hanna Eißler, die berühmte Tänzerin, ist die Heldin des Buches. Weiter zurück, in die Nachkriegszeit greift Lubahn in seinem Roman „Der Turm der Liebe“, in dem das Schicksal des Bombenmeisters Pilgram zur seltsamen Handlung ausgeglichen wird. Pilgram war dazu erschienen den zweiten Turm des Siesensdomes zu erbauen. Das Werk blieb bekanntlich unvollendet. Im modernen Gesellschaftsroman steigern sich die Handlungswerte mit der psychologisch trefflich gekennzeichneten Charakterentwicklung der Gestalten. („Die große Stunde“) Auch in Volksstücken und Komödien bewies Lubahn eine scharfe Beobachtungsgabe neben beachtenswerter dramatischer Geschick.

auf weniger als die Hälfte wie bei Steinkohlen oder Holz. Der Kost wird in verschiedenen Größen geliefert. Am Mittwoch den 4. Oktober findet im Hausfrauenband P 6, 20 eine Vorführung dieses Kofes statt; es ist im Interesse aller Hausfrauen, sich für diese Neuerung zu interessieren. (Näheres siehe Anzeigentell.)

**Im Apollotheater** hat der Programmwechsel eine ganze Reihe unterhaltender, wenn auch nicht durchweg neuer oder origineller Nummern gebracht. Nach einer vorbildlich pünktlichen Eröffnung mit einem statten Marsch (musikalische Leitung Kapellmeister K e n n a n n) ergötzt J a n s J a n s durch Vorführung seiner faszinanten und polsterlichen Hünde. Ihn lösen Dia-Redes-Artis ab, die in gefälliger Aufmachung Höchstleistungen im Diabolospiel zeigen, das vor Jahren bei der Jugend äußerst beliebt war. D o n n e l l s macht Musik auf einer Holzschuhgeige, auf abgestimmten Zickern und damitischen mit Frische und Humor allerlei lustige Scherze. Den Höhepunkt der ersten Programmhälfte stellen die ausgezeichneten Darbietungen des dänischen Gauklers E i c h i n - A r - h o i dar, der vor allem als Drehtischkünstler Proben einer eleganten und erstaunlichen Gewandtheit gibt. Die „große amerikanische (3) Sensations-Ausstattungs-Pantomime“, zu der Herr Neumann eine effektvollere Illustrationsmusik geschrieben hat, „Dämon“ arbeitet mit ältesten Tricks im Technischen und erinnert stark an die beliebtesten amerikanischen Marionettenspiele, bei denen Beller, Gerippe, Totenköpfe, Teufel, Teufel und Engel durch die Rüste laufen. Im zweiten Teil begrüßt man die alten Bekannten, W i l l y K a s t o n mit seinen musikalischen Darbietungen und den Balancact der Komödianten S c h i l l e r und J e r o m e, um hier festzustellen, daß J e r o m e s Scherze nicht stubenreiner sind als vordem. Stürmischen und verdienten Beifall fand die Remos-Compagnie, ein Kraftsportact „im Gesellschaftsraum“, bei dem die „Wunderzwerg“, drei dröckliche Jungens, Vorzügliches leisteten. Das zahlreich erschienene Publikum unterhielt sich bestens.

### Aus dem Lande

**Weinheim, 1. Okt.** Der erste Eidd. Hermeln-Raninchen-Zuchttag (Sitz Mannheim) veranstaltete heute unter großer Beteiligung aus den Bezirken Mannheim, Heidelberg und Weinheim in der hiesigen Schützenhalle eine Jubiläum-Spezialschau von Hermeln-Raninchen und Produkten. Es waren im ganzen 104 Raninchen und Hüllinen ausgestellt, auf die im ganzen 82 Preise verteilt wurden. Es erhielten u. a. B. B r a u n - M a n n h e i m (Eidn. 1) Ehrenpreis u. Georg S c h w ä b e l - F e u d e n h e i m 1 Ehrenpreis. Die übrigen Preise fielen auf Heidelberg, Weinheim, Hemsbach, Vorch u. a. Der Besuch der Jubiläumsschau war sehr gut.

**II. Heidelberg, 30. Sept.** Zu einem schweren Zusammenstoß kam es zwischen einem mit zwei Pferden bespannten unbedeutenden Fuhrwerk und einem Straßenbahnwagen. Der Fuhrmann wurde bei dem Zusammenstoß schwer verletzt und eines der Pferde verendete alsbald, während das andere einen Beinbruch erlitt und am Tatort geschlachtet werden mußte. Am Straßenbahnwagen wurde der vordere Teil der Plattform vollständig eingedrückt.

**II. Breiten, 30. Sept.** Am Freitag abend zog ein schweres Gewitter mit Hagelregen über die Gegend von Wöflingen. Nach einer Stunde nachher lagen die etwa taubeneigroßen Hagelkörner so dicht, daß man meinen konnte, es habe geschneit. Der noch nicht gebrochene Tabak hat laut „Breitener Tageblatt“ schweren Schaden gelitten.

**II. Wöflingen bei Breiten, 30. Sept.** In den letzten Tagen kam es hier zu schweren Schlägereien zwischen Angehörigen verschiedener Sportvereine. Die eine Partei feuerte der anderen gegen Abend auf und bereitete sie mit Schlägringen und Ähnhelm. Die Gendarmerie hat bereits verschiedene Verhaftungen vorgenommen, jedoch die Vereinsstreitigkeiten noch ein gerichtliches Nachspiel haben werden.

**II. Karlsruhe, 30. Sept.** Im 66. Lebensjahre ist gestern abend der Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden Geh. Oberregierungsrat Anton B e c k gestorben. Nicht nur als Verwaltungsobermann sondern auch als politische Persönlichkeit ist der Entschlafene hervorzuheben. In seiner Vaterstadt Karlsruhe hatte er das Gymnasium abgeleitet und darauf Rechtswissenschaft in Freiburg und Heidelberg studiert. Seine staatliche Dienstzeit begann im Jahre 1881. Besonders Verdienste erwarb sich der Entschlafene auf dem Gebiet des Heilwesens in der Tuberkulosebekämpfung. Als Mitglied der früheren national-liberalen Partei trat er im ersten Reichstagesalter an die Deffenstisch und war von 1898 bis 1914 Vertreter des 12. badischen Reichstagswahlkreises Heidelberg-Eberbach-Rosbach. Nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt wurde eine Ershawohl notwendig, bei der Landesgerichtsdirektor O b t i r c h e r ohne Gegenkandidaten, weil während des Krieges Burgfrieden herrschte, gewählt wurde.

**II. Karlsruhe, 30. Sept.** Ein Spielernest ist gestern abend von der Polizei in einer Wirtshaus in der Altstadt ausgehoben worden. Sämtliche Spieler wurden zur Polizei genommen und ein Reicher und ein Kaufmann wegen Spielbetrugs u. gewerksmäßigem Glücksspiel in Haft behalten. Die umgesetzten Spiellumpen betragen einige tausend Mark. Neben diesen Verhaftungen ist es der Polizei in den letzten Monaten schon mehrfach gelungen größere Gesellschaften beim verbotenen Spiel zu ertappen und festzunehmen.

**II. Ortenberg bei Offenburg, 30. Sept.** Ein 22jähriger Mann namens Baule aus Egersweier, der hier bei Bekannten zu Besuch weilte, spielte mit einem Revolver und richtete im Scherze die Waffe auf seine Schläfe. Im selben Augenblick krochte ein Schuß und die Kugel führte den sofortigen Tod des jungen Mannes herbei.

**II. Emdingen, 30. Sept.** Beim Spielen mit einer Schusswaffe entlud sich diese und die Kugel ging einem 17jährigen Schubmacher durch das Herz und führte seinen sofortigen Tod herbei.

### Aus der Pfalz

**II. Ludwigshafen, 30. Sept.** Die Pfälzische Handelskammer wachte sich wiederholt an die Oberpostdirektion der Pfalz wegen Verbesserung der Fernsprechverhältnisse im Kammerbezirk. Von der Oberpostdirektion ging daraufhin ein Entschloß ein, in dem es heißt: „Die geplante Vermehrung der Fernsprechleitungen wird so viel als möglich beschleunigt. Sie kößt aber häufig auf Schwierigkeiten bei Beschaffung der Baustoffe. Angesichts der fortwährend starrten Vertheilung steht indes zu befürchten, daß sich die bewährlichen Verzögerungen im Fernverkehr auch nach Inbetriebnahme der neuen Leitungen nicht in dem erwünschten Maße vermeiden lassen werden. Es wird deshalb zur Befruchtung der Gesprächsammendungen im Sinne der einschlägigen Bestimmungen der Fernsprechordnung auf besonders stark betroffenen Strecken geschnitten werden müssen. Mit dieser Maßnahme soll dem Wihstand begegnet werden, den manche Fernsprechnutzer dadurch erleiden, daß sie ohne Rücksicht auf die Interessen der übrigen Teilnehmer eine große Anzahl von Geschäftsverbindungen nach einem und demselben Fernort anmelden, um so möglichst viele Gesprächsverbindungen zu erhalten.“

**Frankenthal, 30. Sept.** Einen Einbruchdiebstahl in das Kaufgeschloß Dörr in Ludwigshafen verübte der 25 Jahre alte Schreiner Philipp N i e d e l aus Darmstadt, der bereits empfindlich vorbestraft ist und das Einbruchsgewerbe anscheinend als Beruf ausübt. Er rahl für etwa 30 000 M. Stoffe. Zuletzt eine sehnährige Gefängnisstrafe in Buzbach verbüßend, trittsch N i e d e l von dort, um in der Pfalz mit seinen Langfingeren von neuem zu beginnen. Das Urteil der Strafkammer Frankenthal gegen den Rückfallverbrecher lautet auf 5 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

### Nachbargebiete

**Sp. Worms, 31. Sept.** Den Tod durch Kochenden Kaffee hat das 3jährige Kind des Wam Rauze in Wiesheim gefunden. Das Kind ergriff in einem unbewachten Augenblick die heiße Kanne und trank aus derselben das kochende Getränk. Dabei verbrannte es sich ansehnend die Speiseröhre und auch die Lunge. Es wurde sofort in das hiesige Krankenhaus nach Worms gebracht, starb aber bis zur Einlieferung.

**sw. Darmstadt, 1. Okt.** Die neuen Ministergehälter in Hessen übersteigen mit dem 1. September den Betrag von einer

Million Mark. Nach einer Veröffentlichung des „Täglichen Anzeigers“ beziehen jetzt Staatspräsident Ulrich 1 087 260 Mark sowie 35 000 Aufwandsentschädigung, freie Wohnung, Heizung u. Beleuchtung, die Minister Raab, Brentano und Henrich je 1 009 560 Mark sowie 20 000 Mark Aufwandsentschädigung.

**sw. Merklein, 1. Okt.** Eine seltene Familienfeier wird am Dienstag hier stattfinden. Kapitän V. Berges begeht das Fest der Goldenen Hochzeit, seine Tochter das Fest der Silbernen Hochzeit und die Tochter des Silberpaares wird den Bund fürs Leben schließen.

### Gerichtszeitung

**II.** Wenn man mit dem Messer ist . . . Auf ein Inserat, in dem eine bekannte Heiratsvermittlerin für eine Ramensbeirat einen Grafen suchte, meldete sich in Berlin ein Graf von der Gröben, der sich auch legitimierte. Der kundigen Heiratsvermittlerin genagte dies aber nicht; denn zu einem eleganten Kavallerieoffizier paßten die Manieren und das Neuhere dieses „Grafen“ nicht. Die Heiratsvermittlerin beauftragte daher ihren Geschäftsführer, den Freiherrn von W., das blaue Blut seines angebligten Standesgenossen auf seine Echtheit zu prüfen. Der Geschäftsführer lud also den Heiratskandidaten zum Essen ein, jedoch handhabte Graf von der Gröben statt der Babel das Messer bereit, daß sein Gegenüber fürchtete, er möchte sich verletzen. Danach stand es fest, daß es sich um seinen echten Grafen handelte, und man benachrichtigte die Familie von der Gröben, die die Festnahme des Schwindlers veranlaßte. Bei der Gerichtsverhandlung entpuppte sich der Angeklagte als ein Kaufmann Georg Hugel, der, nachdem sein erster Versuch mißglückt war, sich auf den Kautions-schwindel gelegt hatte. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis.

### Sportliche Rundschau

#### Allgemeines

**Eine Volkshochschule für Leibesübungen in Frankfurt.** Nach dem Muster von Berlin wird nun auch in Frankfurt durch das Stadtamt für Leibesübungen und den Frankfurter Bund für Volksbildung die Errichtung einer Volkshochschule für Leibesübungen geplant, die schon im kommenden Winter ihre Tätigkeit aufnehmen soll.

#### Fußball

**Turn- und Fechtklub I.—V. f. R. Mannheim I 3:4 (2:2).** B. f. R. trat auf dem schon gelegenen Sandplatz des T.F.C. in folgender Aufstellung an: Ganther, Krebs, Mayer, Rohe, Baumann, Heizer, Bent-Walff, Dr. Kleitner, Böhringer, Beckenreuther, Landes II. Die Ravenspieler lieferten ohne Sommertraining ihr erstes Weitspiel, sie fanden sich anfänglich nicht recht zusammen, jedoch es Ludwigshafener gelang, in gleichen Abständen zwei recht schöne Tore durch ihren linken Mittelstürmer für sich zu buzen. B. f. R. zog nach schönem Spiel in wenigen Minuten gleich. Nach Platzwechsel drängte Mannheim stärker, doch der vorzügliche Torwart des T.F.C. wehrte manchen fast unahaltbaren Schuß geschickt ab. Die Ravenspieler konnten noch einmal erfolgreich sein. Die gute Verteidigung der Ludwigshafener, insbesondere des bereits erwähnten Torwartes verhinerte eine höhere Niederlage. Mit Ausnahme des neuen Linksaußen, bei dem man schnelle Flanken vermisse, kombinierte der Sturm von B. f. R. recht schön und zeichnete sich durch Schärfe aus. Ganther im Tor war recht zuverlässig. — Wenn der Turn- und Fechtklub auch manchmal kein reines Hockey vorführt, so bedeutet er doch ein recht spielfreudiger Gegner, der auch bei erstklassigen Kämpfen zu Wort kommen sollte.

#### Radsport

**nr. Einen neuen Radfahrerkreis hat, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, der deutsche Rennfahrer Lewanow bei den Prager Radrennen über 50 Kilometer aufgestellt. Er durchfuhr die Strecke in 33 Minuten 54,8 Sekunden. Zwei Kunden hinter ihm endete der Breslauer Thomas, der deutsche Meister, vor Bauer, Stellbrink und Sawall. Thomas (Continentalreifen) hatte vorher das 30-Kilometer-Rennen in 22,18 gewonnen. Lewanow hatte hier Radfahren und wurde Leiter. Im Hauptfahren war wiederum Lorenz vor Arend und Rudolf siegreich.**

### Neues aus aller Welt

**— Wegen Tragens einer Fahne verurteilt.** Nach der Rückkehr von einem sportlichen Fest in Othofen formierten sich am Bahnhof in Worms die Mitglieder der Wormser Turngemeinde zu einem Zuge und marschieren unter Krantragung einer Fahne nach dem Vereinslokal. Die französische Militärpolizei erhaltete gegen den Vorführen der Wormser Turngemeinde, Bauereidirektor Heinrich J a h, Strafanzeige, weil das Tragen der Fahne von dem Wormser Kreisdelegierten der Interalliierten Rheinlandkommission nicht vorher genehmigt worden war. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 Mark.

**— Eine Fabrik zu verachten!** Unter der Überschrift „Eine Fabrik zu verachten“ veröffentlicht ein Herr Finke aus Bonn im Anzeigentell der „Köln. Zig.“ folgendes: Meine Kölner Fabrik möchte ich denjenigen schenken, der meine bisherigen Rechte und Pflichten übernimmt. Gründe: Im Jahre 1919 verpachtete ich das Grundstück auf zehn Jahre Mietdauer für jährlich 15 000 Mark. Reparaturen und Instandhaltung der Gebäude gehen vertraglich zu Lasten des Mieters. Dieser verlor sich auf Erneuerung des Fabrikdaches, das nach sachverständiger Schätzung einige Millionen Mark kostet, und das Landgericht in Köln verurteilte mich dazu.

**— Eine Schacht mit Dieben.** Eine aus 50 Personen bestehende Diebesbande aus Lidterfeld drang mit Handwagen in die Gemortung Leßing ein und begann hier die Diebstahl- und „beschlagnahmen“. Die Bauern Leßing gingen mit Revolvern und Knüppeln vor, wobei es zu einer regelrechten Schacht kam, in deren Verlauf zwei Personen schwer und sechs leicht verletzt wurden. Die rasch alarmierte Gendarmerie verhaftete die Räubeführer der Diebesbande.

**— Explosion eines kaiserlichen Pulverlagers.** Während eines heißen Gewitters hat Donnerstag vormittags 3 Uhr der Blitz in das Fort Falkonada bei San Geraca, etwa 100 Kilometer von Spezia entfernt, einschlagen, wobei die Pulverlager in die Luft gesprengt wurden. Die Explosion hat in einem Umkreis von mehreren Kilometern schreckliche Vermüthungen angerichtet. Unzählige Häuser stürzten ein. Es sind über 100 Menschenleben zu beklagen. Die Explosion wurde bis nach Spezia vernommen, wo die Bevölkerung an ein Erdbeben glaubte und trotz des Unwetters ihre Freie flüchtete. Auch in der Umgebung der Stadt wurde großer Schaden angerichtet. In Spezia wurden sofort Truppen alarmiert. Am Spital sind bereits über 100 Verletzte angekommen. Die Explosion konnte deshalb einen so großen Schaden anrichten, weil das Fort auf einer Anhöhe liegt in der Nähe bewohnter Häuser. Die meisten Opfer sind Arbeiter aus den Werften und Realschulen und Matrosen und Offiziere des Kriegsschulens von Spezia. Der dortige Plaktkommandant hat sich sofort nach der Unglücksstelle begeben.

### Wasserstandsbeobachtungen im Monat Oktober

Wasserstand	28. 29. 30. 1. 2. 3.	Referenzwert	28. 29. 30. 1. 2. 3.	
Essen (Rhein)	2,05 2,00 2,01	2,28 2,30 2,16	Mannheim	4,15 4,01 3,93 3,86 3,80 4,01
Wien	2,12 2,07 2,03	2,13 2,10 1,12	Spezialwert	1,10 0,99 0,95 0,90 1,10
Worms	5,04 4,92 4,90	4,86 4,84 4,97		
Mannheim	4,17 4,05 3,95	3,91 3,99 4,00		
Rhein	2,85 2,81	2,88 2,82		
Rhein	2,34 2,39	2,64		

\*) Mittelwert, Refer. + 95.

### Mannheimer Wetterbericht v. 2. Okt. morg. 7 Uhr

Barometer: 757,4 mm. Thermometer: 8,0° C. Niederschlag: 2,6 mm nachts: 8,0° C. höchste Temperatur gestern: 13,5° C. Niederschlag: 2,6 mm auf den qm. Windstill, Nebel.







